

Aktuelle Hauptstadtinfos

Woche vom 28.01. – 01.02.2013

Unser Projekt heißt Zukunft.
Machen Sie mit.



SPD

Inhalt

1. Wahlerfolg in Niedersachsen!

2. Die NPD muss verboten werden!

3. Mali-Einsatz

4. Schwarz-gelbe Koalition beschließt bundesweites Krebsregister



Wahlerfolg in Niedersachsen!

Glückwunsch SPD Niedersachsen!

Die Niedersachsen-SPD hat hart für ihren Erfolg gearbeitet, dafür sagen wir Danke! Was war das knapp und der Wahlabend am 20. Januar war spannend wie ein Krimi! Gegen 23:00 Uhr stand dann endlich der rot-grüne Wahlerfolg in Niedersachsen fest. Das gibt uns Rückenwind für die Bundes- und Landtagswahl in Hessen am 22. September. Wenn wir alle an einem Strang ziehen, haben wir eine Riesenchance Schwarz-Gelb abzulösen.

Dank der Niedersachsen haben wir jetzt auch im Bundesrat eine Gestaltungsmehrheit. 12 mal in Folge hat das schwarz-gelbe Lager bei Landtagswahlen verloren. Nun müssen wir dafür arbeiten, dass auch die hessischen Stimmen bald zu den A-Ländern zählen.

CDU und FDP in herzlicher Abneigung

Merkels Kronprinz, McAllister, hat sich mit seiner Leihstimmen-Kampagne verzockt. Er hat die FDP „beatmet“ und sich sowie drei CDU-Minister „abgeschossen“. Dementsprechend ist auch das Klima bei dem Koalitionären hier in Berlin. Die CDU-Abgeordneten können ihren Zorn nur mühsam verbergen. Die FDP-Abgeordneten wiederum kämpfen mit der Sexismus-Debatte von Brüderle, zu der wir uns hier nicht äußern. Die Aufgeregtheit der Debatte zeigt aber, dass hier offensichtlich ein gesellschaftliches Problem besteht und dass sich hier unabhängig von Herrn Brüderles Äußerungen einiges ändern muss.

Miteinander für Deutschland: Politik für ein starkes und gerechtes Land

Auf einer Klausurtagung des SPD Parteivorstandes wurden wichtige Weichen für die Bundestagswahl gestellt:

Deutschland ist ein wirtschaftlich starkes Land. Deutschland ist aber auch ein Land, in dem sich soziale Gegensätze entwickelt und vertieft haben. Die Exzesse der Finanzmärkte, maßlose Managergehälter, fehlende Aufstiegschancen

und steigende Abstiegsängste stellen den sozialen Zusammenhalt über alle Lebenslagen hinweg in Frage. Die soziale Stabilität unseres Landes wird durch die Lobby-Politik der Regierung Merkel schleichend untergraben.

Unser Land kann aber nicht erfolgreich sein, wenn es Wenigen immer besser geht, aber die Mehrheit am Wohlstand immer weniger teilhaben kann. Ein starkes Deutschland braucht mehr Gerechtigkeit! Peer Steinbrück nennt das „Mehr Wir, weniger Ich.“

Wir werden die kommenden Monate bis zur Bundestagswahl nutzen, eine Richtungsdebatte über den Zusammenhalt in unserem Land zu führen. Helft alle mit bei der Diskussion über:

- Gerechtigkeit und Aufstieg durch Bildung
- Wirtschaft, Innovation und Wachstum als Voraussetzung für sozialen und kulturellen Wohlstand
- Sicherheit und Vorsorge für eine erfolgreiche Wirtschaft
- Freies und selbstbestimmtes Leben in unserer modernen Gesellschaft

Wir wollen und wir werden unser Land zusammen halten! Hier die [Beschlüsse der Klausur \(bitte hier klicken\)](#).

Die NPD muss verboten werden!

Es ist unerträglich, dass der braune Sumpf unser demokratisches System und unsere Steuergelder für seine demokratie- und menschenfeindlichen Ziele instrumentalisiert! Mit einem Parteiverbot würde der NPD endlich der Deckmantel der Legalität genommen.

Die Verfassungsschützer haben eine umfangreiche Materialsammlung zusammengetragen und die Bundesländer haben daraufhin am 14. Dezember 2012 beschlossen, beim Verfassungsgericht ein Verbotsverfahren gegen die Nazi-Partei einzuleiten. Wir begrüßen dass, denn die NPD :

- ist eine verfassungsfeindliche Partei.
- ist eine menschenfeindliche, rassistische und antisemitische Partei.
- steht dem historischen Nationalsozialismus nahe.
- hat eine aktiv-kämpferische und aggressive Grundhaltung.
- ist eng mit der Neonazi- und rechtsextremistischen Szene verflochten.



Die Liste ließe sich noch fortsetzen. Klar ist: eine sehr große Mehrheit in Deutschland (73 Prozent) befürworten ein Verbotsverfahren. Wir werden alles daran setzen, dass dies auch erfolgreich ist, denn die NPD hat keinen Platz in einem demokratischen Parteienspektrum. Auch darf es nicht sein, dass Politiker der NPD im Schutz eines politischen Mandats handeln können! Wir sehen die Aussichten für ein Verbotsverfahren heute besser als je zuvor. Wir erwarten aber von der Regierungskoalition klar Farbe zu bekennen! Die NPD ist verfassungsfeindlich und mit Hilfe von Zivilgesellschaft, Ländern und Bund kann ein Verbotsverfahren erfolgreich verlaufen.

Uns ist es wichtig, gerade an dieser Stelle auf [die sehr bewegende Rede der Holocaust-Überlebenden und Publizistin Inge Deutschkron \(hier klicken zum anhören\)](#) hinzuweisen, die sie am Mittwoch anlässlich des Gedenktages für die Opfer des Nationalsozialismus und der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz im Deutschen Bundestag gehalten hat. Hier wurde überdeutlich, wie wichtig es ist, gerade auch jungen Menschen die Erinnerung an die Schreckensherrschaft der Nazis nahe zu bringen, denn die Stärke einer Demokratie bemisst sich immer auch an ihrer Fähigkeit, gemeinsam zu handeln, wenn wenige versuchen, unserer Demokratie zu schaden! Sie ist unser höchstes Gut.

Mali-Einsatz

Auf Wunsch der malischen Regierung haben französische Streitkräfte den Vormarsch radikal islamistischer Streitkräfte in den Süden des Landes gestoppt. Mittlerweile ist auch im Norden Malis - entsprechend einer UN Resolution - die Voraussetzung dafür geschaffen, die gesamtstaatliche Autorität wieder herzustellen.

Um das Militär und die Sicherheitskräfte, sowohl in Mali, wie auch in den angrenzenden Staaten der westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft (Ecowas) in die Lage zu versetzen, dies künftig weitgehend eigenständig zu leisten, wird Europa und Deutschland hierfür eine Ausbildungs- und Unterstützungsmission bereitstellen. Bis dahin hilft Deutschland mit der Bereitstellung von Transportkapazitäten innerhalb Westafrikas und logistischem sowie medizinischem Material.

Es ist daran gedacht, die französische Luftwaffe bei der Betankung zu unterstützen. Hierzu ist ein Mandat des Bundestages nötig.

Schwarz-gelbe Koalition beschließt bundesweites Krebsregister



Die Regierungskoalition hat die Einführung eines bundesweiten Krebsregisters beschlossen. Wir Sozialdemokraten konnten uns bei diesem Antrag leider nur enthalten. Warum, werdet ihr Euch vielleicht fragen. Der Grund ist ein ganz einfacher: Die Bundesregierung hat dieses durchaus gute Gesetz nämlich mit der Frage der Mengenboni für Chefärzte gekoppelt.

Mengenboni sind Vereinbarungen im Regelfall zwischen den Krankenhäusern und den Chefärzten. Das bedeutet, die Chefärzte bekommen einen Bonus, wenn sie unter anderem eine gewisse Anzahl an Operationen durchgeführt haben und damit ein entsprechendes Betriebsergebnis erzielt haben. Dies kann zu Fehlanreizen führen. Bonuszahlungen sind dafür verantwortlich, dass in Deutschland deutlich öfter zum Skalpell gegriffen wird als in anderen Ländern. Dies beispielsweise ganz häufig bei Rückenleiden, Knie- oder Hüftproblemen.

Das entspricht nicht unserem Verständnis von guter Gesundheitspolitik! Patientinnen und Patienten müssen immer sicher sein, dass ausschließlich medizinische und nicht monetäre Gründe für eine Operation oder Therapie ausschlaggebend sind!

Wir Sozialdemokraten wollen den Ausbau der vorbeugenden Maßnahmen fördern und haben einen Entwurf für ein Präventionsgesetz vorgelegt. Wir stehen weiterhin für einen Ausbau des bundesweiten Krebsregisters. Dieses Krebsregister erfasst die Qualität der Behandlung jedes Krebspatienten. Also idealerweise vom Beginn der Diagnose bis zur Nachsorge. Dies ist dann nach Region und Bundesland aufgeschlüsselt. Die bundesweite Einführung klinischer Krebsregister ist überfällig. Es ist wichtig zu wissen, welche Art der Therapie in welchem Stadium bei welcher Krebserkrankung am erfolgversprechendsten ist.

Wir Sozialdemokraten werden dieses Thema weiter verfolgen.

Eine Information Eurer Bundestagsabgeordneten Edgar Franke, Ulrike Gottschalck und Ullrich Meßmer - Wir halten die Infos bewusst kurz, um Euch einen schnellen Überblick zu geben. Falls Ihr vertiefende Auskünfte zu bestimmten Themen wünscht, meldet Euch einfach!

V.i.S.d.P.:
Edgar Franke, Ulrike Gottschalck, Ullrich Meßmer
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Artikelbilder: fotolia